

Niederschrift

8. Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.09.2019
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	22:27 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident
Frau Cordula Schultz 1. stv. Kreispräsidentin
Frau Prof. Dr. Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin
Frau Ute Algier
Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat
Herr Sven-Hilmer Brauer
Frau Simone Brocks
Herr Joachim Brunkhorst
Herr Jörg Buthmann
Herr Lars Giering
Frau Annette Glage
Frau Doris Grote
Frau Angelika Hahn-Fricke
Herr Torsten Kowitz
Herr Marek Krysiak
Herr Christopher Liedelt
Herr Matthias Malassa
Herr Christian Mann
Herr Luzian Roth
Frau Monika Saggau
Herr Sönke Siebke
Herr Joannis Stasinopoulos
Herr Alexander Storjohann
Herr Martin Ahrens
Frau Silke Brandt
Frau Manuela Brendel
Frau Diane Brüggemann
Frau Melanie Klein
Frau Ulla Lange
Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Frau Rita Marcussen
Herr Holger Pohlmann
Herr Dr. Christopher Schmidt
Herr Alexander Wagner
Herr Jens Wersig
Frau Hella Dorando-Marsch
Frau Annelie Eick
Herr Arne Hansen
Frau Caerstin Hunger
Herr Dr. Eberhard Krauß
Herr Rolf-Dieter Pahl
Herr Raimund Schulz
Herr Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken
Frau Hannelore Huffmeyer
Frau Rosemarie Jahn
Frau Miriam Raad
Herr Klaus-Peter Schroeder
Herr Oliver Weber
Herr Heiko Evermann
Herr Julian Flak
Herr Felix Frahm
Herr Christian Waldheim
Herr Sven Wendorf
Frau Maren Berger
Herr Toni Köppen
Herr Henning Wulf
Herr Norbert Dachsel
Herr Holger Weihe bis TOP 24.1
Herr Rainer Schuchardt
Herr Thomas Thedens
Herr Klaus Stuber Kreissenorenbeirat
Herr Landrat Schröder
Herr Ebert FBL Immobilienverwaltung
Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung
Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Herr Arne-Michael Berg -
Herr Uwe Machnitzki -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.06.2019
- 4 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Fachbereich L im Haushaltsjahr 2018
Vorlage: DrS/2019/224
- 5 Jahresabschluss 2018 des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2019/217
- 6 Strategische Ziele des Kreises Segeberg für den XX. Kreistag in der Wahlperiode von 2018 bis 2023
Vorlage: DrS/2019/115-2
- 7 Förderzentren
 - 7.1 Erweiterung des Förderzentrums "Trave-Schule" in Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2019/198
 - 7.2 Ersatzklassenräume für das Förderzentrum "Trave-Schule" in Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2019/200
 - 7.3 Erweiterung des Förderzentrums "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/196
 - 7.4 Ersatzklassenräume für das Förderzentrum "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/199
 - 7.5 Erweiterung des Förderzentrums "Janusz-Korczak-Schule" in Kaltenkirchen
Vorlage: DrS/2019/197
- 8 Neubau von 12 Klassen, BBZ-Norderstedt
Vorlage: DrS/2016/095-3
- 9 Inneneinrichtung und Erstausrüstung der Sporthallen an der Janusz-Korczak-Schule in Kaltenkirchen und der Schule am Hasenstieg in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/161
- 10 Fortsetzung der Schulsozialarbeit an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung ab dem Schuljahr 2020/2021
Vorlage: DrS/2019/166

- 11 Neufassung der Satzung über die Benutzung der Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule an den Förderzentren Geistige Entwicklung bzgl. der Betreuungszeiten und der Elternbeiträge
Vorlage: DrS/2019/170
- 12 Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/184
- 13 Schulentwicklungsplanung 2017/2018
Vorlage: DrS/2019/165
- 14 Förderung der Musikschule Norderstedt - Anpassung ab 2019
Vorlage: DrS/2018/130-1
- 15 Investive Sportförderung: Prioritätenliste des Kreissportverbandes für das Jahr 2020 (Beratung und Beschlussfassung) und geänderte Prioritätenliste 2019 (zur Kenntnis)
Vorlage: DrS/2019/148
- 16 Wahl einer Landrätin oder eines Landrats
 - 16.1 Wahl der Landrätin/des Landrates im Jahr 2020
Vorlage: DrS/2019/138-1
 - 16.2 Antrag der WI-SE Fraktion auf Vorbereitung der Wahl einer Landrätin/eines Landrates im Jahr 2020
Vorlage: DrS/2019/140
 - 16.3 Antrag der SPD, B90/Grüne, FDP und FW zur Landratswahl
Vorlage: DrS/2019/230
- 17 Erhöhung der laufenden Förderung für den Träger der Erziehungsberatung und der Suchtberatung am Standort Bad Bramstedt für die Jahre 2019 und 2020 aufgrund der Mieten für das neue Familienbüro
Vorlage: DrS/2019/195
- 18 Fortführung der Präventionsarbeit "Verrückt? Na und!"
Vorlage: DrS/2019/097-1
- 19 Sicherstellung der Hausärztlichen Versorgung im Kreis Segeberg - Kostenkalkulation der vorgeschlagenen Maßnahmen
Vorlage: DrS/2019/101-1
- 20 Konzept "Integrierte Sozialplanung im Kreis Segeberg"
Vorlage: DrS/2019/162
- 21 Stellenerhöhung in der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf
Vorlage: DrS/2019/219

- 22 Radschnellweg - Hamburg-Bad Bramstedt - Auswahl einer Vorzugstrasse
Vorlage: DrS/2019/156
- 23 Antrag zur Einrichtung eines Behindertenbeirats
Vorlage: DrS/2019/223
- 24 Anträge der Fraktionen I
- 24.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der WI-SE-Fraktion und der Fraktion die LINKE zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen
Vorlage: DrS/2018/199-2
- 24.2 Gemeinsamer geänderter Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und der SPD im Segeberger Kreistag: Fairtrade-Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/139-2
- 24.3 Antrag der Kreistagsfraktion WI-SE zur Prüfung von Maßnahmen der Weiterentwicklung und Förderung von flächigen und interagierenden Biotopgestaltungen und -neuanlagen hinsichtlich klimatischer Aspekte u.a.
Vorlage: DrS/2019/160
- 24.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung einer Wertstofftonne im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/208
- 25 ÖPNV-Teilnetz SE 1/2: Einführung von WLAN und E-Bussen
- 25.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zum Beschlussvorschlag ÖPNV-Teilnetz SE1/2: Einführung von E-Bussen
Vorlage: DrS/2019/177-2
- 25.2 ÖPNV-Teilnetz SE1/2: Einführung von E-Bussen
Vorlage: DrS/2019/177-1
- 25.3 ÖPNV-Teilnetz SE1/2: Einführung von WLAN und E-Bussen
Vorlage: DrS/2019/177
- 26 Neuvergabe ÖPNV-Teilnetze SE3-9
- 26.1 Antrag SPD zur Neuvergabe der ÖPNV-Teilnetze SE3-9
Vorlage: DrS/2019/185-1
- 26.2 Neuvergabe der ÖPNV-Teilnetze SE3-9: Festlegung von Leistungsmengen und -qualitäten
Vorlage: DrS/2019/185

- 27 Ausbau Dachgeschoss bestehendes Bürogebäude, Außenstelle Rosenstraße 28, Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2019/202
- 28 Initiativantrag Sonnenschutz für Kreismitarbeiter
Vorlage: DrS/2019/203
- 29 Kreisjugendring Segeberg e.V. (KJR) - Vertrag zur institutionellen Förderung
Antrag des Kreisjugendringes auf Erhöhung des Förderbetrages
Vorlage: DrS/2018/177-2
- 30 Anträge der Fraktionen II
- 30.1 Antrag der AfD-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreistags Segeberg
Vorlage: DrS/2019/151
- 30.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung des 1 Kreistags Segeberg
Vorlage: DrS/2019/151-1
- 30.2 Antrag der Fraktion Freie Wähler zur Imagekampagne Pflege
Vorlage: DrS/2019/172
- 30.3 Antrag der Freien Wähler zur Bestellung eines Kreisjugendbeauftragten
Vorlage: DrS/2019/227
- 30.4 Antrag der WI-SE Fraktion zu Grundsätzen
Vorlage: DrS/2019/221
- 31 Grunderwerb Ersatzneubau Brücke Herrenmühle

(nichtöffentlich)

- 31.1 Änderungsantrag B90/Die Grünen zum Grunderwerb für den Ersatzneubau Brücke Herrenmühle an der K12
Vorlage: DrS/2019/128-1
- 31.2 Grunderwerb für den Ersatzneubau Brücke Herrenmühle an der K12
Vorlage: DrS/2019/128
- 32 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge;
hier: Erziehungsberatung einschließlich der Fachberatung gegen sexuelle Gewalt
Vorlage: DrS/2019/193

- 33 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge;
hier: Betrieb der Front-Offices
Vorlage: DrS/2019/194

(öffentlich)

- 34 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse
- 35 Aktuelle Fragezeit
- 36 Einwohnerfragestunde II
- 37 Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Segeberg - Kostenkalkulation und Öffentlichkeitsarbeit für den Gesundheitsstandort Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/101-2

Protokoll:

Der Kreispräsident eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Zur Protokollführerin bestimmt er Frau Tanja Krüger.

Der Kreispräsident schlägt vor, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- **TOP 24.3** Antrag der Kreistagsfraktion WI-SE zur Prüfung von Maßnahmen der Weiterentwicklung und Förderung von flächigen und interagierenden Biotopgestaltungen und -neuanlagen hinsichtlich klimatischer Aspekte u.a. (Antrag zurückgezogen)
- **TOP 25.1** Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zum Beschlussvorschlag ÖPNV-Teilnetz SE1/2: Einführung von E-Bussen (Antrag zurückgezogen)
- **TOP 25.2** ÖPNV-Teilnetz SE1/2: Einführung von E-Bussen (in Vorlage DrS72019/177 enthalten)
- **TOP 30.2** Antrag der Fraktion Freie Wähler zur Imagekampagne Pflege (Antrag soll zunächst in den Fachausschüssen beraten werden)
- **TOP 30.3** Antrag der Freien Wähler zur Bestellung eines Kreisjugendbeauftragten (Antrag soll zunächst in den Fachausschüssen beraten werden)
- **TOP 30.4** Antrag der WI-SE Fraktion zu Grundsätzen (Thema soll zunächst von Interfraktioneller Arbeitsgruppe erarbeitet werden)

Zu TOP 19 (Sicherstellung der Hausärztlichen Versorgung) gibt es eine Ergänzungsvorlage (DrS/2019/101-2), die unter diesem TOP mit eingebunden wird.

Die TOPs 26.1 und 26.2 werden aufgrund der anwesenden Betroffenen nach TOP 3 behandelt.

Die nichtöffentlichen TOPs 31 bis 33 inklusive der Unterpunkte werden hinter TOP 15 gezogen und in öffentlicher Sitzung abgestimmt. Der TOP 34 entfällt damit.

Die SPD-Kreistagsfraktion stellt einen Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung, einer Resolution zur Thematik Änderungen im kommunalen Finanzausgleich. Frau Lessing erläutert die Dringlichkeit des eingereichten Antrags und erklärt, dass das FAG die finanzielle Zukunft des Kreises und der Kommunen darstelle. Erst vor wenigen Tagen seien die Verhandlungen dazu abgebrochen worden, bis zur nächsten Kreistagssitzung müsse der Gesetzentwurf bereits fertig vorliegen. Man stärke dem Landkreistag den Rücken mit der Resolution, andere Kreise hätten dies ebenfalls beschlossen. Es müsse gehandelt werden, um finanziellen Schaden von Kreis und Kommunen abzuwenden.

Herr Barkowsky teilt mit, dass er eine Dringlichkeit nicht sehe, nur weil die Verhandlungen abgebrochen worden seien. Es sei nach wie vor Ziel des neuen FAG, die Kommunen finanziell besser zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		21		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP		5		5
AfD		5		5
WI-SE	1		2	3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	27	31	2	60

Der Kreispräsident teilt weiter mit, dass seitens der AfD drei Änderungsanträge als Tischvorlage verteilt worden seien. Zwei davon betreffen TOP 6, der andere TOP 30.1. Die Anträge werden bei den entsprechenden TOPs abgestimmt.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Herr Andreas Riedel aus Norderstedt, regt bezüglich der Neuvergabe der ÖPNV-Teilnetze SE3-9 an, eine Personalübernahmeverpflichtung als Kriterium in der Ausschreibung aufzunehmen. Die Betriebszugehörigkeit sei wichtig für eventuelle spätere Kündigungen. Für bestimmte Personalgruppen sei eine Neueinstellung schwieriger, z. B. bei übergewichtigen Personen, da das Risiko von Erkrankungen höher sei oder bei jungen Frauen aufgrund einer möglichen Schwangerschaft.

Für einen neuen Betreiber sei es ebenfalls mehr Sicherheit, auf bestehendes Personal zurückgreifen zu können, da bei Personalknappheit die Busse nicht fahren könnten.

Martins Herrmanns aus Kaltenkirchen, gibt zu bedenken, dass erschaffene Lebensstandards erhalten bleiben sollten. Ein neuer Arbeitgeber könnte weniger Gehalt bedeuten.

Kerstin Otto aus Klein Gladebrügge teilt mit, dass persönliche Schicksale an der Personalübernahme hängen würden.

zu 2 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Herr Köppen macht die in der letzten Kreistagssitzung beschlossene Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss zunächst rückgängig, bis eine Entscheidung seitens der Kommunalaufsicht vorliegt.

Umbesetzungen Fraktion Freie Wähler:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
AK Zins- und Schuldenmanagement	Michael Vollmer	Richard Lehmann	Stellv. Mitglied
Kreisklimarat	Michael Vollmer	Richard Lehmann	Mitglied
ALLRIS-Expertengruppe	Michael Vollmer	Richard Lehmann	Mitglied
UNK	Michael Vollmer	Richard Lehmann	Mitglied
BKS	-	Richard Lehmann	Stellv. Mitglied
WRI	-	Richard Lehmann	Stellv. Mitglied
BauA	-	Richard Lehmann	Stellv. Mitglied
JHA	-	Richard Lehmann	Stellv. Mitglied

Umbesetzungen Kreissenorenbeirat:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
OVG	Werner Gohl	Hanne Lore Rathmann	Stellv. Mitglied

Umbesetzungen Fraktion WI-SE:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
WRI	Monika Lohmann	-	Stellv. Mitglied
JHA	Iris Hiller	Toni Köppen	Mitglied
JHA	Toni Köppen	Iris Hiller	Stellv. Mitglied

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	60			60

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.06.2019

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 26 Neuvergabe ÖPNV-Teilnetze SE3-9

zu 26.1 Antrag SPD zur Neuvergabe der ÖPNV-Teilnetze SE3-9 Vorlage: DrS/2019/185-1

Herr Wersig begründet den Antrag der SPD Fraktion und stellt dar, dass ein neuer Arbeitsvertrag an vielen Stellen Verschlechterungen für den Arbeitnehmer bedeute. Bei einer Kreditaufnahme erhalte man beispielsweise automatisch schlechtere Konditionen als mit einem langjährigen Arbeitsvertrag und auf dem Wohnungsmarkt sei es schwieriger, eine Wohnung zu bekommen. Weiterhin seien Mitarbeiter mit Behinderungen, Betriebsratsmitglieder oder aus sonstigen Gründen unliebsame Mitarbeiter im Nachteil bei der Arbeitsplatzsuche. Auch Herr Köppen spricht sich für eine Personalübernahmeverpflichtung aus. Hier könne der Kreis gleich mehrere festgelegte strategische Ziele verfolgen.

Herr Hansen teilt mit, dass die Gewerkschaften bereits früh eingebunden worden seien, die Forderung jedoch erst zu einem sehr späten Zeitpunkt an den Kreis herangetragen wurde. Er halte den Eingriff in den Arbeitsmarkt für unnötig, da Busfahrer sehr gesucht seien und im Falle von Neuverhandlungen durchaus bessere Konditionen erreicht werden könnten. Weiterhin stelle die Übernahmeverpflichtung eine Ungleichbehandlung dar, weil das Personal der Subunternehmer nicht berücksichtigt werden würde. Im nächsten Jahr werde der neue Regionalverkehrsplan aufge-

stellt, der weitere Verbesserungen auch für den ländlichen Raum bringen werde, so dass weitere Arbeitsplätze entstehen. Ziel der Maßnahmen sei es, ausgeglichene Verhältnisse im Kreis zu schaffen und die Standards zu erhöhen, z. B. durch Klimatisierung der Busse, WLAN, oder die Sicherheitserhöhung durch Videoüberwachung.

Herr Barkowsky verweist auf den gefassten Beschluss, wonach Verbesserungen nach dem 01.01.2019 von den Kommunen zu tragen seien. Er sehe Ungerechtigkeiten im Kreisgebiet, da der Busverkehr in Bad Segeberg und Kaltenkirchen erhebliche Verbesserungen erfahren habe. Herr Schroeder vertritt die Auffassung, dass es hier erheblichen Verbesserungsbedarf gegeben habe, so dass Handeln notwendig gewesen sei, um die Fahrgastzahlen zu vervielfachen. Herr Hansen ergänzt, dass es wichtig sei, den ÖPNV voranzutreiben, sowohl für den Klimaschutz als auch zur Erhöhung der Lebensqualität. Der Kreis habe die Aufgabenträgerschaft übernommen und müsse für Verbesserungen einstehen.

Herr Barkowsky stellt den Gegenantrag, dass im Falle einer Ablehnung des Beschlussvorschlags darüber abgestimmt werde, die Ausschreibung durchzuführen.

Der Landrat macht deutlich, dass es sehr wichtig sei, die Ausschreibung zu beschließen. Ansonsten müsse eine Notvergabe erfolgen und es seien Klagen zu erwarten.

Beschluss:

Die SPD Fraktion beantragt den Beschlussvorschlag folgendermaßen zu ergänzen: Teil der Ausschreibung ist eine Personalübernahmepflicht. Unternehmen, die das nicht gewährleisten können, werden von der Ausschreibung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		21		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen		8	1	9
FDP		5		5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler		2		2
Die Linke	2			2
Gesamt	18	41	1	60

zu 26.2 Neuvergabe der ÖPNV-Teilnetze SE3-9: Festlegung von Leistungsmengen und -qualitäten
Vorlage: DrS/2019/185

Diskussion s. TOP 26.1

Beschluss:

Die Teilnetze SE3-9 werden inklusive der in der Vorlage näher definierten Leistungsmengen und -qualitäten mit Wirkung ab dem 13.12.2020 neu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	8	12	1	21
SPD	2	4	7	13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE		2	1	3
Freie Wähler	2			2
Die Linke		2		2
Gesamt	31	20	9	60

zu 4 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Fachbereich L im Haushaltsjahr 2018
Vorlage: DrS/2019/224

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die im Haushaltsjahr 2018 im Fachbereich L entstandenen überplanmäßigen Aufwendungen über 121.224,65 EUR werden gem. § 95 d Abs. 1 Gemeindeordnung i.V. mit § 57 Kreisordnung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	54	5		59

zu 5 Jahresabschluss 2018 des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2019/217

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

- a) Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2018 des Kreises Segeberg wird zur Kenntnis genommen.
- b) Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2018 mit der am 29.03.2019 aufgestellten Abschlussbilanz des Kreises Segeberg zum 31.12.2018 mit einer Bilanzsumme von 243.729.363,29 EUR sowie einem Eigenkapital in Höhe von 68.952.143,20 EUR sowie den Lagebericht.
- c) Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt folgende Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 16.132.694,17 EUR:

Zuführung zur Allgemeine Rücklage	12.129.845,24 EUR
Zuführung zur Ergebnisrücklage	4.002.848,93 EUR

Daraus ergeben sich folgende neuen Rücklagenbestände:

Allgemeine Rücklage	51.843.716,69 EUR
Ergebnisrücklage	17.108.426,51 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	60			60

zu 6 Strategische Ziele des Kreises Segeberg für den XX. Kreistag in der Wahlperiode von 2018 bis 2023 Vorlage: DrS/2019/115-2

Frau Grote erläutert, dass die strategischen Ziele des Kreises in 5 Workshops von allen Fraktionen erarbeitet worden seien. Zur Hauptausschusssitzung am 25.04.2019 wurden weitere Änderungsvorschläge von verschiedenen Fraktionen eingereicht, so dass kein Beschluss möglich war. Ein Arbeitskreis habe daraufhin erneut getagt und die Änderungsvorschläge wurden diskutiert und eingearbeitet. Das alte Regelwerk sei ein Gemisch aus strategischen und operativen Zielen gewe-

sen, dies sei optimiert worden.

Herr Brunkhorst spricht sich gegen die Einführung des Gendersternchens aus, da dieses nicht gesprochen werden könne und Texte der Verwaltung für den Bürger schwer verständlich werden. Herr Wendorf schließt sich den Ausführungen an und ergänzt, dass die deutsche Sprache bereits geschlechtergerecht sei und Nachbesserungen nicht notwendig seien. Die Behördensprache werde durch das Gendersternchen noch komplizierter und man mache sich bei Nichteinhaltung angreifbar. Sprache verändere sich stetig, jedoch geschehe dies aus der Bevölkerung heraus und sollte nicht durch Behörden vorgegeben werden.

Herr Schroeder verweist darauf, dass es hier um die Verabschiedung der Strategischen Ziele des Kreises und nicht um das Gendersternchens gehe.

Der Kreispräsident lässt über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Der Zusatz „Bei der Umsetzung der gendergerechten Sprache wird das Gender* genutzt“ wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		18	3	21
SPD		12	1	13
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP		5		5
AfD	5			5
WI-SE		3		3
Freie Wähler		2		2
Die Linke		2		2
Gesamt	5	51	4	60

Anschließend lässt der Kreispräsident über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Strategischen Ziele des Kreises Segeberg für den XX. Kreistag in der Wahlperiode von 2018 bis 2023 entsprechend der Anlage.

Bei der Umsetzung der gendergerechten Sprache wird das Gender* genutzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	20		1	21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE	3			2
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	54	5	1	60

zu 7 Förderzentren

Der Landrat erklärt, dass es in den letzten Jahren sehr viele Veränderungen bei den Förderschulen gegeben habe. Es gebe viel mehr Schüler, mehr Betreuungsbedarf und die pädagogische Gestaltung habe sich verändert. Dadurch sei der Raumbedarf enorm gestiegen. Um keine weiteren Wartezeiten für die Schulen entstehen zu lassen, werde parallel geplant und gebaut. Die vorgesehenen Umbauten und Erweiterungen seien dringend erforderlich und könnten nur so umgesetzt werden, ohne einzelne Schulen zurückzusetzen.

zu 7.1 Erweiterung des Förderzentrums "Trave-Schule" in Bad Segeberg Vorlage: DrS/2019/198

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 6.250.000 € verteilt auf die Haushaltsjahre 2020-2022.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Planungsleitungen für Gebäude, Tragwerk, technische Gebäudeausstattung und sonstige Ingenieurleistungen bis einschließlich Leistungsphase 3 nach HOAI zur Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

zu 7.2 Ersatzklassenräume für das Förderzentrum "Trave-Schule" in Bad Segeberg Vorlage: DrS/2019/200

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Umsetzung der Maßnahme im Haushaltsjahr 2019 zu und genehmigt vorsorglich die außerplanmäßige Zahlung der investiven (65.000 €) und laufenden Mittel (6.000 € in 2019 und 92.000 € in 2020 – 2022).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

zu 7.3 Erweiterung des Förderzentrums "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt Vorlage: DrS/2019/196

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 5.490.000 € verteilt auf die Haushaltsjahre 2020-2022.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Planungsleitungen für Gebäude, Tragwerk, technische Gebäudeausstattung und sonstige Ingenieurleistungen bis einschließlich Leistungsphase 3 nach HOAI zur Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau durchzuführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

**zu 7.4 Ersatzklassenräume für das Förderzentrum "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/199**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 65.000 € im Haushaltsjahr 2020 und laufende Mittel in Höhe von 86.000 € im Haushalt 2020-2022.

Der Fachbereich V wird mit der Errichtung der Ersatzklassencontainer zur Anmietung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

zu 7.5 Erweiterung des Förderzentrums "Janusz-Korczak-Schule" in Kaltenkirchen
Vorlage: DrS/2019/197

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 6.060.000 € verteilt auf die Haushaltsjahre 2020-2022. Der Fachbereich V wird beauftragt die Planungsleitungen für Gebäude, Tragwerk, technische Gebäudeausstattung und sonstige Ingenieurleistungen bis einschließlich Leistungsphase 3 nach HOAI zur Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

zu 8 Neubau von 12 Klassen, BBZ-Norderstedt
Vorlage: DrS/2016/095-3

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 300.000 € im Haushalt 2020.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	60			60

**zu 9 Inneneinrichtung und Erstausrüstung der Sporthallen an der Janusz-Korczak-Schule in Kaltenkirchen und der Schule am Hasenstieg in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/161**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, der Janusz-Korczak-Schule in Kaltenkirchen und der Schule am Hasenstieg in Norderstedt im Haushaltsjahr 2020 jeweils 36.000 EUR an investiven Mitteln für die Erstausrüstung der neuen Sporthallen mit Sportgeräten zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

**zu 10 Fortsetzung der Schulsozialarbeit an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung ab dem Schuljahr 2020/2021
Vorlage: DrS/2019/166**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, an den drei Förderzentren „Janusz-Korczak-Schule“, „Schule am Hasenstieg“ und „Trave-Schule“ die Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2020/2021 weiterhin im Umfang von zehn Wochenstunden mit 15.000 EUR je Schule und Jahr, somit insgesamt mit 45.000 EUR jährlich, zu fördern.

Die Verträge mit der Lebenshilfe Stormarn für die Janusz-Korczak-Schule und die Schule am Hasenstieg sowie der Lebenshilfe Bad Segeberg für die Trave-Schule werden unbefristet geschlossen mit einer Kündigungsmöglichkeit zum 31.12. eines Jahres mit Wirkung zum Ende des laufenden Schuljahres.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

zu 11 Neufassung der Satzung über die Benutzung der Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule an den Förderzentren Geistige Entwicklung bzgl. der Betreuungszeiten und der Elternbeiträge
Vorlage: DrS/2019/170

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Neufassung der Satzung über die Benutzung der Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule an den Förderzentren Geistige Entwicklung der Trave-Schule in Bad Segeberg, der Janusz-Korczak-Schule in Kaltenkirchen und der Schule am Hasenstieg in Norderstedt in dem von der Verwaltung vorgelegten Wortlaut.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

**zu 12 Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege
im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/184**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Änderung der Satzung des Kreises Segeberg zur Förderung von Kindern in Tagespflege mit Wirkung rückwirkend zum 01.08.2019.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

**zu 13 Schulentwicklungsplanung 2017/2018
Vorlage: DrS/2019/165**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

1. Dem Schulentwicklungsplan des Kreises Segeberg – Schuljahr 2017/18 wird in der Fassung des Standes Juli 2019 zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, notwendige Stellungnahmen zur Schulentwicklung auf der Basis dieser Planung abzugeben.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, notwendige redaktionelle Änderungen am Text des Planes und erläuternde Ergänzungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

zu 14 Förderung der Musikschule Norderstedt - Anpassung ab 2019
Vorlage: DrS/2018/130-1

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die Inhaltsförderung der Musikschule Norderstedt ist weiterhin gemäß dem Kreistagsbeschluss DrS/2018/130 vom 27.09.2018 zu berechnen. Grundlage für die Berechnung bleiben der jeweilige Jahresabschluss des Vorjahres des Vereins für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. (VJKA), die Kosten der Kreismusikschule Segeberg sowie das Verhältnis der Jugendeinwohner*innen (0-18 Jahre) der Stadt Norderstedt zum übrigen Kreisgebiet.

Nach diesem Berechnungsverfahren ist der **Ansatz 2019** für die Kreismusikschule Norderstedt von 146.500 € auf **219.500 €** zu erhöhen. Die überplanmäßige Ausgabe i.H.v. **73.000 €** wird hiermit genehmigt.

Der Ansatz für die Musikschule Norderstedt ist für das **Jahr 2020** im Zuge der Haushaltsberatungen entsprechend auf **267.600 €** festzusetzen.

Soweit der auf o.g. Weise berechnete Kostenanstieg in den Jahren nach 2020 nicht mehr als 2% beträgt, kann die Verwaltung die weitere Förderung gemäß dem o.g. Kreistagsbeschluss ohne erneute politische Beschlussfassung auszahlen. Bei einer errechneten Erhöhung oberhalb des Rahmens oder bei einer errechneten Absenkung der Förderung ist eine Beratung und Beschlussfassung der politischen Gremien erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

zu 15 Investive Sportförderung: Prioritätenliste des Kreissportverbandes für das Jahr 2020 (Beratung und Beschlussfassung) und geänderte Prioritätenliste 2019 (zur Kenntnis)
Vorlage: DrS/2019/148

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die vorgelegte Prioritätenliste 2020 für die Durchführung der investiven Sportförderung des Kreises Segeberg durch den Kreissportverband Segeberg e.V. (KSV).

Die Änderungen in der Prioritätenliste 2019 werden zur Kenntnis genommen und die in 2019 neu hinzugekommenen Anträge werden in die Prioritätenliste 2019 mit aufgenommen.

Die freien Haushaltsmittel aus 2019 werden in das Haushaltsjahr 2020 des Kreissportverbandes Segeberg e.V. übernommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59			59

zu 31.1 Änderungsantrag B90/Die Grünen zum Grunderwerb für den Ersatzneubau Brücke Herrenmühle an der K12 Vorlage: DrS/2019/128-1

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur sowie der Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag den für den Ersatzneubau der Straßenbrücke K12 über die Trave erforderlichen Flächenkauf erst nach dem Vorliegen der Umweltverträglichkeitsprüfung zu beraten und zu beschließen.
2. Als unverzichtbare Voraussetzung für die Entscheidung für eine Trassenvariante in einem FFH-Gebiet ist eine ergebnisoffene Gegenüberstellung der wirtschaftlichen, verkehrlichen und umwelt- und naturschutzfachlichen Vor- und Nachteile (Synopsis) erforderlich, die zwingend auch die Untersuchung eines Neubaus am gleichen Ort der bestehenden Brücke beinhaltet (auch ohne Bau einer zwischenzeitlichen Behelfsbrücke zur Aufrechterhaltung des Verkehrs auf der K12 während der Bauzeit).

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		21		21
SPD		13		13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP		5		5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	16	44		60

zu 31.2 Grunderwerb für den Ersatzneubau Brücke Herrenmühle an der K12 Vorlage: DrS/2019/128

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der für Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, den erforderlichen Flächenankauf für den Ersatzneubau der Straßenbrücke K12 über die Trave in 2019 durchzuführen. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von max. 620.000 € werden aus den für 2019 geplanten Mitteln für den Ausbau der K 57 bereitgestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Verkaufsgespräche mit dem Ziel des erforderlichen Flächenankaufs abschließend zu führen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	20		1	21
SPD	10	1	2	13
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE		3		3
Freie Wähler		2		2
Die Linke		2		2
Gesamt	40	17	3	60

**zu 32 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge; hier: Erziehungsberatung einschließlich der Fachberatung gegen sexuelle Gewalt
Vorlage: DrS/2019/193**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Es sind Verträge mit den nachfolgend genannten Trägern über die Erbringung der sozialen Beratungsleistung „Erziehungsberatung einschließlich der Fachberatung gegen sexuelle Gewalt“ für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2025 abzuschließen:

- Region Nord: Bietergemeinschaft Therapiehilfe e.V. / Deutscher Kinderschutzbund Segeberg gGmbH
- Region West: Bietergemeinschaft Therapiehilfe e.V. / Deutscher Kinderschutzbund Segeberg gGmbH
- Region Ost: Deutscher Kinderschutzbund Segeberg gGmbH

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	20	1		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	59	1		60

**zu 33 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge; hier: Betrieb der Front-Offices
Vorlage: DrS/2019/194**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Es sind Verträge mit den nachfolgend genannten Trägern über die Erbringung der Dienstleistung "Front Office" an Beratungsstandorten für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2025 abzuschließen:

- Region Nord – Bornhöved: Therapiehilfe e.V.
- Region West – Henstedt-Ulzburg: Therapiehilfe e.V.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	60			60

Pause: 20:20 – 20:35 Uhr

zu 16 Wahl einer Landrätin oder eines Landrats

zu 16.3 Antrag der SPD, B90/Grüne, FDP und FW zur Landratswahl Vorlage: DrS/2019/230

Frau Lessing erläutert, dass die antragstellenden Fraktionen eine gute Zusammenarbeit mit dem Landrat wahrgenommen hätten und diesen deshalb erneut wählen würden. Es solle kein Gegenkandidat vorgeschlagen werden, auf eine Ausschreibung könne somit verzichtet werden. Eine Ausschreibung würde unnötig Ressourcen der Verwaltung binden.

Herr Barkowsky erklärt, dass für eine Wahl auch eine Auswahl nötig sei. Er stellt klar, dass dies keine Bewertung der Arbeit des Landrats bedeute. Herr Evermann schließt sich dem an. Er halte eine Ausschreibung für wichtig für den demokratischen Prozess. Herr Wulf verweist außerdem darauf, dass in der Verwaltung alle Stellen ausgeschrieben werden, da könne bei der Landratsstelle keine Ausnahme gemacht werden.

Beschluss:

Gemäß § 44.1 KrO beantragen die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, FDP, FREIE WÄHLER und SPD, -für die Wiederwahl des Landrates- von einer Ausschreibung abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		21		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE		3		3
Freie Wähler	2			2
Die Linke		2		2
Gesamt	29	31		60

zu 16.2 Antrag der WI-SE Fraktion auf Vorbereitung der Wahl einer Landrätin/eines Landrates im Jahr 2020 Vorlage: DrS/2019/140

Herr Köppen teilt mit, dass der erste Punkt des Beschlussvorschlages obsolet sei.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Hauptausschuss wird die Befugnis übertragen, über den Zeitpunkt der Ausschreibung, sowie über Form und Inhalt der Stellenanzeige zu entscheiden.
2. Dem Hauptausschuss wird die Befugnis übertragen, das weitere Verfahren zur Erarbeitung eines Wahlvorschlages für den Kreistag festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD		13		13
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP		5		5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	33	27		60

zu 17 Erhöhung der laufenden Förderung für den Träger der Erziehungsberatung und der Suchtberatung am Standort Bad Bramstedt für die Jahre 2019 und 2020 aufgrund der Mieten für das neue Familienbüro
Vorlage: DrS/2019/195

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die vertragliche Förderung des Kreises der Therapiehilfe Hamburg e.V. für Leistungen der Erziehungsberatung und der Suchtberatung im Familienbüro Bad Bramstedt (Region Nord) wird wegen der erstmals vom Träger zu zahlenden Mieten ab dem 01.07.2019 bis zum 31.12.2020 um monatlich bis zu 1.575,08 Euro erhöht. Die überplanmäßige Ausgabe im Jahr 2019 in Höhe von bis zu 9.500 Euro wird hiermit genehmigt. In den Haushaltentwurf 2020 sind zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 18.900 Euro aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	60			60

zu 18 Fortführung der Präventionsarbeit "Verrückt? Na und!"
Vorlage: DrS/2019/097-1

Der Landrat erklärt, dass Spendenmittel in Höhe von 10.000 € jährlich für insgesamt drei Jahre (= 30.000 €) aquiriert werden konnten. Die Zusage sei unabhängig davon, ob die Leistungen extern vergeben oder von der Kreisverwaltung erbracht werden.

Beschluss:

Das Schulprojekt "Verrückt? Na und!" wird im Kreis Segeberg verstetigt.

Das Schulprojekt wird weiterhin von der Kreisverwaltung durchgeführt und zunächst auf drei Jahre befristet. Die notwendigen Ressourcen werden zur Verfügung gestellt. Nach drei Jahren wird eine Evaluation durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1	20		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	35	25		60

zu 19 Sicherstellung der Hausärztlichen Versorgung im Kreis Segeberg - Kostenkalkulation der vorgeschlagenen Maßnahmen Vorlage: DrS/2019/101-1

Der Landrat erläutert, dass es sich zwar nicht um eine Kreisaufgabe handele, die hausärztliche Versorgung und die damit verbundene Bindung der Ärzte an den Kreis jedoch sehr wichtig sei und der Kreis im Rahmen seiner Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion seinen Beitrag leisten solle.

Frau Jahn ergänzt, dass das Thema bereits seit einigen Jahren präsent sei und Frau Löhmann mit ihrem Team hervorragende Arbeit geleistet und ein Gesamtkonzept aufgestellt habe. Sie bedankt sich hierfür ausdrücklich.

Beschluss:

1. Für die Tätigkeit eines externen Kreiskoordinators ambulante ärztliche Versorgung wird in den Jahren 2020 bis 2022 ein Betrag von bis zu 95.000,00 € p. a. zur Verfügung gestellt.
2. Der Verbundweiterbildung zum/zur Fachärzt*in Allgemeinmedizin wird ab 2020 für maximal 15 Teilnehmer*innen gefördert. Bis 2022 nehmen jährlich 5 Assistent*innen die Weiterbildung auf, wenn sie in Vollzeit tätig sind. Hierfür werden in den Jahren 2020 bis 2025 jährlich jeweils bis zu 377.100 € zur Verfügung gestellt. Bei Weiterbildung in Teilzeit werden entsprechend mehr Assistent*innen gefördert, wobei sich der Gesamtzuschuss nicht verändert, sondern sich auf einen längeren Zeitraum verteilt.
3. Die Weiterbildung zur Nichtärztlichen Praxisassistent*in (NäPa) wird 2020 mit 52.500,00 € gefördert.
4. Über die Maßnahmen zu 1. und 2. ist dem OVG-Ausschuss einmal jährlich zu berichten; über die Maßnahme zu 3. wird 2021 berichtet.
5. Über eine weitere neue Förderung der Maßnahmen zu 1. bis 2. ab dem 01.01.2023 wird 2022 nach entsprechender Evaluation entschieden. Über die

Fortsetzung der Maßnahme zu 3. über den 31.12.2021 hinaus wird 2021 entschieden.

- Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Segeberg (WKS) wird beauftragt, ab 2020 die Öffentlichkeitsarbeit für den Gesundheitsstandort des Kreises Segeberg durchzuführen, die auch die mit den Vorlagen DrS/2019/101 und 101-1 empfohlenen Maßnahmen beinhaltet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	60			60

zu 20 Konzept "Integrierte Sozialplanung im Kreis Segeberg" Vorlage: DrS/2019/162

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt, die Kreisverwaltung zu beauftragen, die Planungen des Fachbereiches Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit (FB III) nach dem Instrument der Integrierten Sozialplanung (ISP) auszurichten und entsprechend umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	60			60

**zu 21 Stellenerhöhung in der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf
Vorlage: DrS/2019/219**

Herr Evermann teilt mit, dass die schwierige Situation vor Ort bereits bei der Auftragsvergabe bekannt gewesen sei und er die Personalaufstockung nicht befürwortete. Es solle lieber an der Rückführung der Menschen gearbeitet werden. Herr Köppen und Frau Hunger halten eine gute Betreuung der Bewohner für wichtig, um das Konfliktpotential gering zu halten.

Beschluss:

Der Vertrag mit dem Johanniter Unfall-Hilfe e. V. über den Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft in Schackendorf und die Betreuung der dort lebenden Personen soll schnellstmöglich um 0,5 auf dann insgesamt 2,5 Personalstellen erweitert werden.

Die erforderlichen zusätzlichen Mittel in Höhe von 24.000 € jährlich werden in den Haushalten 2020 und 2021 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	3	18		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	37	23		60

**zu 22 Radschnellweg - Hamburg-Bad Bramstedt - Auswahl einer Vorzugstrasse
Vorlage: DrS/2019/156**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag empfiehlt den Kommunen, den Vorschlägen des Planungsbüros zu folgen und im Abschnitt 1 die westliche Variante, im Abschnitt 2 die östliche Variante, im Abschnitt 3 die westliche Variante und im Abschnitt 4 die östliche Variante zu favorisieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	60			60

zu 23 Antrag zur Einrichtung eines Behindertenbeirats Vorlage: DrS/2019/223

Herr Dr. Schmidt verweist auf die vom Kreistag am 10.03.2016 beschlossenen Aktionsplan zur Umsetzung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Dieser sehe mehr Mitbestimmung vor und fordere auch die Einrichtung von Beiräten. Die Behindertenbeauftragte des Kreises habe die Gründung des Beirats angeregt, um mehr Partizipation zu schaffen und die Arbeit auf mehrere Personen zu verteilen.

Herr Weber teilt mit, dass er die Beachtung der Belange der Menschen mit Behinderungen für sehr wichtig halte, die Einrichtung eines Beirats auf Kreisebene jedoch ablehne. Die Beiräte sollten vielmehr auf kommunaler Ebene eingerichtet werden. Herr Barkowsky vertritt ebenfalls diese Auffassung.

Herr Hansen äußert sein Unverständnis, da es sich hier um ein perfektes Partizipationsprojekt handele, das auch den strategischen Zielen entspreche. Die Beiräte in anderen Kreisen und der Stadt Kiel leisten seit vielen Jahren wertvolle Arbeit.

Beschlussvorschlag:

Die Beauftragte für Menschen mit Behinderung und die Verwaltung werden beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für die Einrichtung eines Behindertenbeirats zu schaffen, insbesondere eine Geschäftsordnung den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1	20		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP		5		5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	30	30		60

zu 24 Anträge der Fraktionen I

zu 24.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der WI-SE-Fraktion und der Fraktion die LINKE zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen Vorlage: DrS/2018/199-2

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel werden übernommen für Personen, die entsprechend der Altersgrenze in § 24a Abs. 2 S. 1 SGB V keinen Anspruch auf Kostenerstattung durch die Krankenkasse haben, einen Wohnsitz im Kreis Segeberg haben und die Voraussetzungen für

- a) unterhaltssichernde Leistungen nach dem SGB II oder
- b) unterhaltssichernde Leistungen nach dem SGB XII oder
- c) unterhaltssichernde Leistungen nach dem AsylbLG oder
- d) Leistungen nach § 6a BKKG oder
- e) Leistungen nach BAFöG oder
- f) Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder
- g) Wohngeld

erfüllen.

Die Kreisverwaltung beauftragt einen geeigneten Träger mit der Prüfung und Auszahlung der Gelder.

Die mit Sperrvermerk versehenen Mittel werden in Höhe von 30.000 € freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		21		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler			2	2
Die Linke	2			2
Gesamt	32	26	2	60

Herr Flak beantragt, die Beschlussfassung zu TOP 30.1 (Änderung der Geschäftsordnung) vorzuziehen, da die Stimmauszählung nach dem angedachten Modell bereits erfolge und viel Zeit in Anspruch nehmen würde, obwohl es noch gar nicht beschlossen sei.

Der Kreispräsident lässt über den Antrag der AfD abstimmen:

Beschluss:

Die Beschlussfassung zu TOP 30.1 wird vorgezogen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		21		21
SPD		13		13
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP		5		5
AfD	5			5
WI-SE		3		3
Freie Wähler		2		2
Die Linke		1		1
Gesamt	5	54		59

Herr Köppen stellt den Geschäftsordnungsantrag, die „22 Uhr-Regelung“ laut Geschäftsordnung des Kreistags aufzuheben.

Der Kreispräsident lässt über den Antrag der WI-SE abstimmen:

Beschluss:

Die Regelung gemäß § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistags, wonach nach 22 Uhr kein Tagesordnungspunkt mit politischem Entscheidungsbedarf mehr aufzurufen ist, wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		21		21
SPD		13		13
B 90/ Die Grünen	1	7	1	9
FDP		4	1	5
AfD	1	3	1	5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	1	1		2
Die Linke		1		1
Gesamt	6	50	3	59

zu 24.2 Gemeinsamer geänderter Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und der SPD im Segeberger Kreistag: Fairtrade-Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2019/139-2

Herr Pahl stellt den Antrag vor. Herr Wendorf gibt zu bedenken, dass die Zertifizierung des Fairtrade Siegels teuer sei und die sehr armen Menschen somit nicht erreicht werden könnten. Das Siegel erwecke falsche Erwartungen bei den Konsumenten.

Aufgrund der Tatsache, dass absehbar ist, dass die restlichen Tagesordnungspunkte nicht mehr alle vor 22 Uhr abzuarbeiten sind, zu TOP 25 aber aufgrund von Ausschreibungen ein Beschluss gefasst werden sollte, erfolgt eine erneute Geschäftsordnungsdebatte über das weitere Vorgehen. Herr Dieck schlägt vor, die Tagesordnung bis einschließlich TOP 25 weiter abzuarbeiten und die Sitzung danach zu beenden. Er lässt über den Vorschlag abstimmen:

Beschluss:

Die Tagesordnung wird bis einschließlich TOP 25.3 abgearbeitet. Danach wird die Sitzung geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE		3		3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	1			1
Gesamt	51	8		59

Beschluss:

Der Kreis Segeberg bewirbt sich um den Titel „Fairtrade-Kreis“ bei Transfair e.V. und fördert damit den fairen Handel auf lokaler Ebene.

Als ersten Schritt beschließen der Hauptausschuss sowie der Kreistag, dass bei allen Sitzungen der Ausschüsse des Kreises und des Kreistages sowie im Landratsbüro Fairtrade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwendet werden.

Zur Erlangung des Titels Fairtrade-Kreis Segeberg soll eine Steuerungsgruppe gebildet werden, die die Bewerbung vorantreibt und die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Diese Gruppe soll aus einem Vertreter der Kreisverwaltung, aus der Politik (fraktionsübergreifend), Vertreter aus der Zivilgesellschaft, aus kirchlichen Einrichtungen und aus der Wirtschaft bestehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	1			1
Gesamt	54	5		59

zu 24.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung einer Wertstofftonne im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2019/208

Frau Prof. Täck stellt den Antrag vor und erläutert, dass in den Wertstofftonnen nicht nur Verpackungsmüll entsorgt werden dürfe, sondern jeglicher Kunststoffmüll. Herr Flack entgegnet, dass eine zusätzliche Tonne weiteren Platzbedarf auf den Grundstücke erfordere. Weiterhin sei ungeklärt, wer die zusätzlichen Kosten tragen werde.

Herr Schroeder stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte aufgrund der späten Uhrzeit an dieser Stelle zu beenden. Es erfolgt keine Gegenrede.

Beschluss:

Der WZV wird gebeten, mit dem Dualen System Deutschland (DSD) eine Abstimmungsvereinbarung zur Einführung einer haushaltsnahen Erfassung von Wertstoffen in Wertstofftonnen zum nächst möglichem Termin auszuhandeln.

Die Wertstofftonne, die die gelben Säcke ersetzen soll, soll kreisweit eingeführt werden. Eine Ausnahme stellt Norderstedt dar, wo es die Wertstofftonne bereits gibt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	19	2		21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	3	2		5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	1			1
Gesamt	50	9		59

zu 25 ÖPNV-Teilnetz SE 1/2: Einführung von WLAN und E-Bussen

**zu 25.3 ÖPNV-Teilnetz SE1/2: Einführung von WLAN und E-Bussen
Vorlage: DrS/2019/177**

Herr Hansen stellt die Vorteile der E-Busse vor. Er hebt besonders die Emissionsfreiheit hervor. In Norderstedt seien die Stickoxydbelastungen an den Knotenpunkten überschritten, somit würde die Bevölkerung geschützt. Herr Thedens weist auf die erhebliche gesundheitliche Belastung der Menschen bei der Produktion der Akkus hin, außerdem würden Trinkwasserressourcen verbraucht. Der bei der Produktion benötigte Strom werde durch Kohlekraft erzeugt, es sei fraglich, ob dies zu weniger Umweltbelastung führe.

Herr Evermann führt aus, dass mit den Mehrkosten für einen E-Bus lieber die Taktungen der Fahrpläne erhöht werden sollten. Der Umstieg vom Auto in den Bus würde 90 % Co2 Einsparung bedeuten, dies sei zu fördern. Die Mehrkosten seien immens und er mahnt einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern an. Er sehe keine Notwendigkeit, den Beschluss sofort zu fassen und regt eine Rücküberweisung der Vorlage in den UNK an, um die Kosten zu überdenken. Es werde auch in den folgenden Jahren Fördermittel für E-Busse geben. Herr Köppen lehnt die Beschaffung der E-Busse ebenfalls ab und spricht sich dafür aus, stattdessen auf die Weiterentwicklung von wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen zu setzen. Auch hierfür werde es später Fördergelder geben.

Beschluss:

Im Teilnetz SE1/2 werden im Jahr 2020 alle Busse mit WLAN ausgestattet

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	21			21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE		3		3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	1			1
Gesamt	56	3		59

Im Teilnetz SE1/2 werden ab dem Jahr 2021 zehn emissionsfreie E-Busse eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	11	3	7	21
SPD	13			13
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE		3		3
Freie Wähler			2	2
Die Linke	1			1
Gesamt	39	11	9	59

zu 35 Aktuelle Fragezeit

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 36 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Claus Peter Dieck
(Kreispräsident)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)